

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

12 (25.8.1947)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM — 20 Trägerlohn), bei Zustellung durch die Post RM 2.40 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 20 mm dr. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pfalz-Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanpreis RM 2.—; Amtl. Anzeigen 50% Nachsl.

1. Jahrgang / Nummer 12

Montag, den 25. August 1947

Einzelpreis 20 Pfennig



Ministerpräsident Dr. R. Maier im Gespräch mit Oberbürgermeister Töpfer. (Aufn.: Bauer)

Dr. R. Maier über Staat und Genossenschaft

40 Prozent der Bevölkerung ohne Hab und Gut — Genossenschaftliche Selbsthilfe unsere Aufgabe

Karlsruhe, 22. August. (Eig. Bericht.) Die gewerblichen Genossenschaften der drei Westzonen hielten in Karlsruhe ihren ersten Genossenschaftstag nach Kriegsende ab. Im Mittelpunkt dieser aus allen Teilen des Reiches — auch aus der Ostzone — gut besuchten Versammlung stand eine Rede des württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier über „Staat und Genossenschaften“. Württemberg-Baden ist ein Gebiet, in dem der Klein- und Mittelbetrieb im gewerblichen wie im landwirtschaftlichen Sektor vorherrscht, so führte der Ministerpräsident etwa aus, ein Gebiet, dessen Prägung daher dem genossenschaftlichen Geist besonders verwandt ist. Auch die Struktur seiner Wirtschaft, in der die Urenergung fast völlig fehlt, dagegen die arbeitsteiligen Spezialerzeugnisse sein Gewerbe bestimmen, ist genossenschaftlicher Bestimmung besonders zugänglich. Diese Arbeitsteilung, die den Menschen stark in den Vordergrund des Wirtschaftens stellt, gilt wohl in normalen Zei-

ten als beachtenswertes Plus, heute muß es als Minus gewertet werden, da das Fehlen der Rohstoffe unserem Wirtschaften den Stempel aufdrückt. Aber der gleiche Umstand bewirkt auch zugleich, daß wir hier die enge Verbundenheit der deutschen Wirtschaft in allen ihren Gliedern am deutlichsten empfinden; nirgends ist der Ruf nach deutscher Einheit daher dringlicher und lauter erhoben worden als in unserem Gebiet. Wir müssen anerkennen, daß sich die sozialpolitische Situation vollkommen verändert hat. Waren wir vor dem Krieg im Industriegebiet das Objekt sozialpolitischer Betätigung zu sehen, so ist heute eine neue Schicht Hilfsbedürftiger und Hilfloser entstanden, die an erster Stelle auf unsere Unterstützung und Fürsorge Anspruch hat: die Kriegsheschnädigten, die Flüchtlinge und Vertriebenen. Vierzig Prozent der deutschen Bevölkerung sind heute ohne Hab und Gut, die Hälfte davon bettelarm. Und dieser Zustand muß vorerst als Dauerzustand angesehen

werden, gegen den keine vorläufige Hilfsmittel angewendet werden können. Es kommt alles darauf an, daß es gelingt, die eigene Schaffenskraft voll einzusetzen, um erst einmal die Aktivwerte zu schaffen, aus der wir den Verpflichtungen gegenüber diesen Hilfsbedürftigen nachkommen können. Wir müssen allen Schaffenden die Möglichkeit und Freiheit geben, ihre Kräfte voll einzusetzen. Es geht nicht ohne eine bestimmte Zuversicht. Wohl bewegen wir uns auf einer abschüssigen Bahn; der Weg scheint versperrt, weil nicht Frieden wird, weder Frieden mit Deutschland, noch Frieden bei den anderen. Aber deswegen dürfen wir nicht untätig zusehen. Die Geschichte endet nicht mit dem Jahre 1947, und für das, was nachher kommt, haben wir die Verantwortung. Es ist auch nicht damit getan, den Autoritätsstaat durch einen anderen Zwangsstaat abzulösen, oder den Menschen aus den Sklavettenketten eines Herrn zu befreien, um ihn zum Sklaven des Staates zu machen. Die Sehnsucht des einfachen Mannes geht dahin, einen Bezirk zu haben, in dem er nach eigenem Willen schalten kann; er will frei sein von der Allgewalt der Ämter, er will selbst entscheiden. Wir könnten an unserer Zukunft verzweifeln, wenn kommende Geschlechter dem Staat die Verantwortung für ihr Schicksal übertragen würden, statt sie selbst zu übernehmen. Und es würde das Ende unserer Geschichte bedeuten, wenn man aus gleichem Fatalismus etwa einer Trennung Deutschlands das Wort reden würde. Aufgaben sind da, und sie müssen gemastert werden, in einem Geiste der Verantwortungsfreudigkeit, der Zusammengehörigkeit, der Tatbereitschaft, kurz in einem Geiste, der der Geist genossenschaftlicher Selbsthilfe ist. ()

„Leistungs“- statt Erhaltungs-Nahrung

Schlange-Schönungen über künftige Ernährungsgrundlagen

Frankfurt, 22. Aug. (Dena.) An Stelle der gegenwärtigen knapp bemessenen Erhaltungsrationen müsse für die amerikanische und die britische Besatzungszone Deutschlands bald eine „Leistungsration“ von 2000 bis 2500 Kalorien täglich mit einermäßigen hinreichenden Anteilen von Fett und Fleisch eingeführt werden, erklärte der Direktor der Hauptverwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die US- und die britische Zone, Dr. Hans Schlange-Schönungen. Es werde immerfort angestrebt, den monatlichen Einfuhrzuwachs von 200 000 Tonnen Getreide durch Importe von Fett und Fleisch zu ergänzen, führte Dr. Schlange-Schönungen weiter aus. Eine derart gesteigerte Hilfe wäre nach seiner Ansicht für die Besatzungsgebiete bei weitem billiger, da hierdurch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter schnell gehoben würde, während eine positive Verbesserung der Lage durch den ständigen Zuschuß in der gegenwärtigen Form nicht herbeigeführt werden könne. Durch eine einmalige „Starthilfe“ solle erreicht werden, daß das deutsche Volk den amerikanischen und britischen Steuerzahlern nicht ständig zur Last fällt.

Man hoffe demnächst zu erreichen, so führte Dr. Schlange-Schönungen weiter aus, daß die Viehbestände nicht weiter reduziert zu werden brauchen, weil sich sonst die Fettversorgung aus eigener Erzeugung ständig ungünstiger gestalten würde. Der schon stark gesunkene Milch- und Fleischproduktion, da die Dreyperioden der Weidgebiete und den Futtermittelanbau stark beeinträchtigt habe. Es sei richtiger vom Rapsanbau abzusehen, da das deutsche Klima erfahrungsgemäß für den Anbau von Raps nicht sehr geeignet sei und sich anstatt dessen auf lange Sicht dem Wiederaufbau der Viehbestände zuzuwenden. Es sei insbesondere erforderlich, neben Getreide auch Futtermittel einzuführen, um so eine hochwertige Viehwirtschaft ohne Weidflächen zu erzielen. Auf dieser Basis könne in der Zukunft außer der Selbstversorgung in Kartoffeln und Zucker auch dies in Fleisch und Fett erreicht werden. Eine Ertragssteigerung der Landwirtschaft sei im Grunde ein Industrie- und Problem für Dr. Schlange-Schönungen fort. Es müsse alles daran gesetzt werden, um die Kohlenförderung weiter zu steigern und mit ihr auch die Düngemittelindustrie sowie die Erzeugung landwirtschaftlicher Geräte, Maschinen und Gebrauchsgegenstände zu fördern. Bei voller Arbeitsteilung der Düngemittelfabriken, auch den ganzen Winter über,

könne man bis zum kommenden Frühjahr 20 bis 30% der erforderlichen Düngemittel zuteilen, an Stelle der 40% in diesem Jahr. Bis zur Währungsreform bliebe nur der Ausweg der Ausgabe von wertbeständigen und steuerfreien Gütern (z. B. Zigaretten) in der Hand, die auf den Gegenwert einer bestimmten Menge Getreide lauten sollten. Mit dieser Maßnahme können die Lager industrieller Gebrauchsgegenstände der Landwirtschaft als Belohnung für Speiseleistungen erschlossen werden. Der Wirtschaftsrat sei ein vorzügliches Instrument, um die Militärregierungen von der Richtigkeit dieses Prämiensystems zu überzeugen. Er habe sich stets von der Überzeugung leiten lassen, daß die Aus-

führungen der deutschen Stellen unter der Voraussetzung des notwendigen Taktens der Besatzungsmächten klar und offen dargelegt werden sollten, ohne vor Meinungsvielfalt zurückzuschrecken. Die Arbeit könne nur dann fruchtbar sein, wenn man sich gegenüber den Besatzungsmächten „von dem Mut der unbedingten Aufrichtigkeit“ leiten lasse. Er, Schlange-Schönungen, habe festgestellt, daß Amerikaner und Engländer dies sehr wohl zu schätzen wüßten. Heute sei er mehr denn je davon überzeugt, so schloß Dr. Schlange-Schönungen seine Ausführungen, daß dem deutschen Volk eine auf gründliche Fachkenntnisse gestützte sachliche Politik not tue.

10 Millionen kg Gemüse auf dem Misthaufen

Hollands Gemüse verdirbt — Keine Einfuhr nach Deutschland

Düsseldorf, 22. August (Dena.) Rund 200 000 Kilogramm Bohnen und mehrere Hunderttausend Kilo Tomaten sind in den letzten Wochen allein im Versteigerungszentrum Venlo in Holland trotz starker Betteilung der Konservenindustrie verrotten, wie die „Westdeutsche Rundschau“ in einem Artikel über die Gemüsefrage berichtet. An einem einzigen Tage blieben in Venlo hundertdreißigtausend Kilo Gurken unverkäuflich. Holland kann seinen Gemüseüberschuß gegenwärtig weder an Deutschland noch an England absetzen, da seit August auch die Einfuhr nach England nicht mehr gestattet ist. Die Verhandlungen über die Gemüseerfahrungen nach Deutschland scheiterten hauptsächlich daran, daß die anglo-amerikanischen und holländischen Verhandlungspartner keine Einigung über die Zahlungsfrist erzielen konnten. Unter der Überschrift: „10

Mill. Kilo Gemüse auf dem Misthaufen“ bringt die holländische Zeitung „Dagblad an Noordland“ am 14. August einen Artikel über den holländischen Gemüseüberschuß, in dem es unter anderem heißt: „Ein Übermaß an Tomaten ist umsonst gereift, reifendunsten Klauen Tomaten sind umsonst gewachsen“. Am 7. und 8. August seien fünfzehntausend Sätze zu 20 Kilo Speckbohnen erster Sorte zum Mindestpreis unverkäuflich geblieben.

Am 8. August hätten, so schreibt die holländische Zeitung weiter, hochbeladene Lastwagen in Zehnerreihen für die Einfuhr nach Deutschland bereitgestanden, da an diesem Tag die Grenze geöffnet werden sollte, dann sei aber ein Gegenbescheid gekommen. Von holländischer Seite aus sei alles getan worden, um die Gemüseerfahrungen nach Deutschland zu erzwingen.

Ermittlung der bizona'enen Wirtschaftskapazität

Das Problem der Demontage — Die Transportkrise

Frankfurt, 22. Aug. (Dena.) Der Wirtschaftsausschuß des Wirtschaftsrates beschäftigte sich mit der Zusammenstellung von Unterlagen, die zur Ermittlung der Wirtschaftskapazität der britisch-amerikanischen Zone dienen sollen. Auf dieser Grundlage soll die spätere Produktionsplanung aufgebaut werden. Im Verlauf der Sitzung wurde insbesondere das Problem der Demontagen behandelt, um spätere Verhandlungen mit dem

Alliierten vorzubereiten. Ferner beschäftigte sich der Ausschuß mit der Warenverkehrsordnung und allgemeinen Wirtschaftsfragen.

Außer den Fragen der allgemeinen Produktion widmete sich der Ausschuß insbesondere den Möglichkeiten einer besseren Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln. „Wir müssen endlich dahin kommen, daß sich der Bauer seine Hufeisen auf normalem Wege kaufen kann und nicht nur auf dem schwarzen Markt.“

Ein weiteres wichtiges Thema der Besprechungen war die Transportkrise. Große Schwierigkeiten bereite gegenwärtig die Lieferung der für das Reparaturprogramm der Eisenbahn benötigten Holzmassen. Die Versorgungslage sei so kritisch, daß die Reparaturwerkstätten ihre Arbeit in 14 Tagen einstellen müßten, wenn nicht inzwischen genügend Holz geliefert werde.

Tsaldaris wieder Ministerpräsident

Athen, 24. Aug. (Dena-Reuters.) König Paul von Griechenland beauftragte den stellvertretenden Premierminister und Außenminister im zurückgetretenen Kabinett Maximos, Konstantin Tsaldaris, mit der Bildung der neuen Regierung. Tsaldaris, der vor wenigen Tagen von einem Besuch des Hauptquartiers der Vereinten Nationen in New York zurückkehrte, wird seine neue Ministerliste voraussichtlich am Montag vorlegen. Das griechische Parlament ist für Donnerstag zusammenzurufen worden, um die Regierungserklärung des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Tsaldaris erklärte, daß er alle Parteien einschließlich der Liberalen zur Beteiligung an der neuen Regierung auffordern werde.

Welt-Rundschau

Paris. (Dena-Reuters.) Die iranische Flottenflottille lebte mit 400 gegen 9 Sitzen eine Vollgeißel ab, wozu Ägypten eine autonome Republik werden sollte.

Paris. (Dena-Reuters.) Die iranische sozialistische Partei (ISPO) und die republikanische Volkspartei (MRE) haben bekanntgegeben, daß sie ihre Abgeordneten, die sich der am Mittwoch gebildeten „Gestalt-Gruppe“ im Parlament anschließen, automatisch aus ihrer Partei ausgeschlossen werden.

Alban. (Dena-Reuters.) Griechische Guerillas führten schwere Angriffe gegen Nigritia bei Serres in Nordmazedonien durch.

New York. (Dena-Reuters.) Die Teilnehmer der Sitzung des Weltwirtschaftsrates gerieten in Anlehnung an während der Ägyptenbesuche ein lebhafter Angehöriger der Moslemschicht von seinem Sitz in der Zuschauertribüne aufstehend und zu protestieren begann. Er wurde gewaltsam aus dem Saal gebracht.

Philadelphia. (Dena.) Durch eine Explosion wurde das Hotel „Stadt Philadelphia“, im Zentrum Philadelphias, völlig zerstört. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Buenos-Aires. (Dena-Reuters.) Der argentinische Staatspräsident, General Juan Peron, richtete in einer Rundfunkansprache an das argentinische Volk die Warnung, daß diejenigen, welche die Bestrebungen seiner Regierung „sabotieren“, rückwirkend unstrafbar würden.

Deutschland-Rundschau

Vereinte Westzonen

Düsseldorf. (Dena.) Die Rote Kreuz-Dienststellen des Nordwestdeutschen Rundfunkzuges sind in der Lage, Liebesgaben-Pakete an deutsche Kriegsgefangene in Polen in beschränkter Anzahl zu vermitteln, sowie Ansuchen über diese Gefangenen zu stellen.

Ludwigshafen. (Dena.) Die Spruchkammer des Ludwigshafener Interniertenlagers richtete die ehemalige Gauverwaltungsleiterin von Danzig, Melisale Aldinger, in die Gruppe der Hauptbeschuldigten ein und verwies sie für die Dauer von 2 Monaten in ein Arbeitslager.

Dachau. (Dena.) Ein amerikanisches Militärgericht verurteilte den ehemaligen SS-Obersturmführer Theodor Sixt-Zenner, an Rottweil bei Saarbrücken, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Stuttgart. (Dena.) Zur Lösung eines Arbeitsverhältnisses bedarf es in Württemberg-Baden jetzt der Zustimmung des Arbeitssamtes.

Heidelberg. (Dena.) Der Bestattungswesener des Friedhofs Heidelberg-Neuenheim, Emil Ubbelohde, wurde von der Stadterverhaltung sofort seines Amtes enthoben, weil er mehreren Personen Gelegenheit gab, in den Leichenzügen zu überschauen.

Französische Zone

Ludwigshafen. (Dena.) Amerikanische Besatzungspolizei verhaftete den ehemaligen Leiter des IG-Farbenkonzerns Ludwigshafen, Dr. Karl Wurster, und brachte ihn nach Nürnberg, wo Wurster sich vor einem amerikanischen Militärgericht verantworten soll.

Der Aufbau der Zweizonenwirtschaft

Ein Überleitungsgesetz — Fünf Verwaltungen

Frankfurt a. M., 22. August (Dena.) Als erstes Gesetz des Zweizonen-Wirtschaftsrates trat am Donnerstag das Überleitungsgesetz nach der Genehmigung durch das anglo-amerikanische Kontrollamt mit seiner Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates in Kraft. Damit geben die Befugnisse der bisherigen Zweizonen-Verwaltungsorgane auf die neugewählten Direktoren der fünf Verwaltungen des Rates für Wirtschaft, Ernährung, Finanzen, Verkehr und Post über. Dem Exekutivrat wird mit diesem Gesetz nunmehr endgültige Gewalt übertragen, die in der Direktive über die Gründung des Wirtschaftsrats vorgesehen war.

Das Gesetz hat folgenden Wortlaut: **§ 1.** Das Gesetz über den vorläufigen Aufbau der Wirtschaftsverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes amerikanischer und britischer Besatzungsgebiete in Deutschland vom 8. August 1947 (Überleitungsgesetz).

Der Wirtschaftsrat hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1. Für das vereinte Wirtschaftsgebiet werden errichtet: a) die Verwaltung der Wirtschaft; b) die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; c) die Verwaltung für Finanzen; d) die Verwaltung für Verkehr; e) die Verwaltung für Post und Fernmeldewesen. 2. Jede Verwaltung wird von einem Direktor geleitet. 3. Die Abgrenzung der Aufgaben der Direktoren und der von ihnen geleiteten Verwaltungen wird durch Beschluß des Wirtschaftsrates geregelt. Der Exekutivrat hat hierzu dem Wirtschaftsrat Vorschläge zu unterbreiten.

§ 2. 1. Bei dem Exekutivrat wird eine Abteilung für das Personalwesen der gemeinsamen Verwaltungen gebildet. 2. Das Nähere regelt ein Gesetz.

§ 3. 1. Die Überleitung der gesamten Haushaltungen der Verwaltungen und der ihnen unterstellten Sonderverwaltungen des vereinigten Wirtschaftsgebietes obliegt einem Rechnungshof. 2. Das Nähere regelt ein Gesetz.

§ 4. Die Direktoren haben dem Exekutivrat Vorschläge für den Aufbau und die Gliederungen ihrer Verwaltungen für die Zeit bis zum Erlaß eines Haushaltsgesetzes vorzulegen. Der Exekutivrat leitet sie mit seiner Stellungnahme an den Wirtschaftsrat weiter.

Konferenz über deutsches Industrieniveau

Geheimstimmungen — Das erste Kommuniqué

London, 22. August (Dena.) Die Besprechungen der Ver. Staaten, Großbritannien und Frankreichs über die Erhöhung der deutschen Industrieproduktion wurden laut INS hier am Freitag, 17 Uhr deutscher Sommerzeit im Außenministerium eröffnet.

Nach Beendigung der ersten Sitzung wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben: „Die Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs trafen heute um 15 Uhr deutscher Sommerzeit im Lancaster-Haus zu einer Reihe von Besprechungen über das Industrieniveau in der anglo-amerikanischen Zone Deutschlands und über die Verwaltung und Kontrolle der Ruhrkohlenbergwerke zusammen. Sinn dieser Besprechungen ist es, den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens Gelegenheit zu geben, die Ziele ihrer Vorschläge zu erklären und der französischen Regierung die Möglichkeit zu geben, ihren Standpunkt zu dieser Frage darzulegen. Die Besprechungen werden während des Wochenendes fortgesetzt.“

aufschließen, daß es sich eher um einen Meinungsaustausch über technische und wirtschaftliche Fragen, als um eine hochpolitische Konferenz handelt. Diese Ansicht wurde auch von hiesigen amerikanischen und britischen diplomatischen Stellen unterstützt.

Nach Beendigung der ersten Sitzung wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben: „Die Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs trafen heute um 15 Uhr deutscher Sommerzeit im Lancaster-Haus zu einer Reihe von Besprechungen über das Industrieniveau in der anglo-amerikanischen Zone Deutschlands und über die Verwaltung und Kontrolle der Ruhrkohlenbergwerke zusammen. Sinn dieser Besprechungen ist es, den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens Gelegenheit zu geben, die Ziele ihrer Vorschläge zu erklären und der französischen Regierung die Möglichkeit zu geben, ihren Standpunkt zu dieser Frage darzulegen. Die Besprechungen werden während des Wochenendes fortgesetzt.“

Die Zusammenkunft der drei Delegationen, denen größtenteils Vertreter der Besatzungsbehörden angehören, ist dar-

